

## **Positionspapier                      Energiepolitik**

---

Verabschiedet am Aktiventreffen vom 15. April 2008

---

### Inhalt

1. Ausgangslage
2. Energieversorgung
3. Nachhaltiges Bauen und Sanieren
4. Standortförderung „nachhaltiges Bauen“
5. Dynamische und zukunftsorientierte Verwaltung

## 1. Ausgangslage

Der energiepolitische Handlungsspielraum der Stadt Bern wird durch die Kompetenz von Bund und Kanton massgeblich bestimmt. Nichtsdestotrotz verfügen Gemeinden über bedeutende energiepolitische Handlungsspielräume, um sich den Herausforderungen zu stellen. Die Grünliberalen gehen davon aus, dass die Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes über kurz oder lang durchgeführt wird. Dieses wird es der Stadt Bern vermehrt erlauben, Akzente in Richtung einer nachhaltigen Energiepolitik setzen zu können. Es ist ein zentrales Anliegen der Grünliberalen diese Chancen zu nutzen.

Die Grünliberalen erkennen den zunehmenden Handlungsbedarf der Stadt. Bern zeichnet sich durch eine zu 84% aus nicht erneuerbaren Quellen bestehende Energieversorgung aus. Zusammen mit einer laufenden Zunahme des Energiekonsums und einer tiefen Energieeffizienz ist diese Entwicklung nicht nachhaltig. Obwohl die Stadt seit 1977 eine aktive Energiepolitik betreibt und seit 1998 das Label „Energistadt“ besitzt, sieht die Grünliberale Partei die Notwendigkeit weiterer Massnahmen.

Diesen politischen Herausforderungen kann nur durch eine nachhaltige, also einer ökologischen, ökonomischen und bedürfnisgerechten, sprich einer grünliberalen Energiepolitik begegnet werden. Konkret beruht diese Politik auf der Umsetzung folgender Massnahmen:

## 2. Energieversorgung

Die Stadt Bern verfügt über eine griffige Energiestrategie. Ein zentrales Handlungsfeld ist die Energieversorgung, worunter zunehmend eine Substitution von nichterneuerbaren durch erneuerbare Energieträger angestrebt wird. Die Grünliberalen unterstützen dieses Vorhaben. Eine besondere Rolle muss hierbei der Solarenergie zugeschrieben werden. Auf einer Seite bietet sie die Möglichkeit, die drohende Stromversorgungslücke – bei Stilllegung der Kernkraftwerke – teilweise zu schliessen. Auf der anderen Seite fallen durch diese Art der Energiegewinnung nicht nur Transportwege und dadurch entstehende Energieverluste weg, sondern gleichzeitig führt die dezentrale Versorgung auch zur erhöhten Unabhängigkeit vom Ausland.

**Die Grünliberalen setzen sich durch die Einführung und die Anwendung von geeigneten Gesetzen, Verordnungen und Reglementen auf allen Ebenen für eine vermehrte Förderung alternativer Energiequellen (namentlich Solaranlagen, Wärme-Kraft-Kopplung, Biomasse und Wärmepumpen) ein. An geschützten und schützenswerten Objekten sind die Anlagen den schutzwürdigen Strukturen anzupassen.**

## 3. Nachhaltiges Bauen und Sanieren

Die Stadt Bern hat im 2006 eine Energiestrategie für die nächsten 10 Jahre (bis 2015) präsentiert, bei der ambitionierte Ziele definiert wurden. Damit die in dieser Strategie definierten Zielsetzungen auch erfüllt werden können, müssten sämtliche Verwaltungsgebäude sowie stadteigene Liegenschaften der Stadt Bern sukzessive auf den Minergie-Standard umgebaut werden.

**Die Grünliberalen sind davon überzeugt, dass die Stadt Bern die Möglichkeiten besitzt, diese Gebäude sogar auf den Minergie-Eco-Standard zu bringen.**

## 4. Standortförderung „nachhaltiges Bauen“

Durch die obengenannte Vorbildfunktion soll die Stadt Bern einerseits die Pionierrolle im Bau von energieeffizienten Gebäuden übernehmen, um das bereits bestehende Energie-Cluster zu stärken. Andererseits soll sie sich über die Standortförderungsorganisation Promotion Bern aktiv um die Ansiedlung von Unternehmen im Bereich des nachhaltigen Bauens einsetzen.

**Wir fordern, dass die Stadt Bern zu einem Vorreiter im Bereich nachhaltiges Bauen wird und dass die Stärkung des Energieclusters konsequent verfolgt wird.**

## 5. Dynamische und zukunftsorientierte Verwaltung

Mit der Energiestrategie 2006- 2015 zielte die Stadt Bern in diese richtige Richtung. Allerdings ist es an der Zeit den nächsten Schritt zu wagen. Die Erreichung der gesetzten Ziele erfordert konkrete Massnahmen und deren zeitgebundene Umsetzung. Die Grünliberalen fordern die involvierten Akteure auf, diesen Prozess schnellstmöglich in Angriff zu nehmen. Eine eminente Rolle spielt hierbei die Verwaltung. Die öffentliche Hand und ihre Behörden tragen bei der Umsetzung energiepolitischer Massnahmen in vielerlei Hinsicht eine besondere Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit. Das Erfüllen dieser Vorbildfunktion ist Zeichen einer dynamischen und zukunftsorientierten Verwaltung.

**Die Grünliberalen fordern daher, dass sich die Verwaltung dieser Rolle stärker bewusst wird und in den Bereichen Beschaffungswesen, Neubauten und Gebäudesanierung ein gezielt nachhaltiges Handeln verfolgt. Dies soll durch einen ambitionierten Zeitplan mit konkreten Zielsetzungen erreicht werden.**